

berg in seiner Replik antworten müssen! — ist die Möglichkeit, daß *alle* Arbeitnehmer durch Individualvermögensbildung in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden können. Denn Unabhängigkeit fußt lediglich auf der Tatsache, daß die Arbeitnehmer „warten“ (*Preiser*), also zeitweise aus Vermögenserträgen oder -Substanz leben können. Das gilt aber nur, wenn die realen Güter — Konsum- und Investitionsgüter — erzeugt werden, die aus den Vermögenserträgen nachgefragt werden. Sollten nun *alle* (oder eine relativ große Zahl bzw. eine kleine Zahl von in Schlüsselpositionen beschäftigten) Arbeitnehmern „warten“, dann wird nichts produziert und die durch Individualvermögen vermittelte „Unabhängigkeit“ erweist sich als Zwang, unter kapitalistischen Bedingungen diese „Unabhängigkeit“ erst einmal zu produzieren; und das geht nicht durch Vermögen, sondern nur durch ganz reale Hand- und Kopfarbeit.

Hier wird ein in der modernen ökonomischen Theorie leider viel zu wenig beachteter Zusammenhang zwischen Partial- und Totalgrößen deutlich, wie ihn *Stüttgen* in seiner „volkswirtschaftlichen Saldenmechanik“ erläutert hat: daß nämlich für die Gesamtheit (die Arbeitnehmerschaft) durchaus nicht zu gelten braucht, was für den einzelnen (den individuellen Arbeitnehmer) Gültigkeit hat.

Das Argument von der Undurchführbarkeit der Vermögensbildung erweist sich also nicht deshalb als schlüssig, weil die „Gesamtmasse des vorhandenen Vermögens zu klein wäre . . .“, um jedem Arbeitnehmer die Bildung eines echten Vermögens . . . zu ermöglichen“, wie es Ehrenberg (S. 480) mir unterstellt, sondern weil Vermögen nur durch Arbeit seinen ökonomischen Inhalt findet.

2. Ehrenbergs Erwartung, die durch Vermögen selbstbewußt gewordenen Arbeitnehmer „dürften auch eher bereit sein, sich gewerkschaftlichen Aktionen zur Erreichung einer demokratischen Unternehmensstruktur anzuschließen . . .“ (S. 480 f.) dürfte sich als eitle Hoffnung herausstellen. Individualvermögen — darauf habe ich in meiner Darstellung ausführlich hingewiesen — zwingt zur Vereinzelung und trägt in die Arbeiterschaft den neuen Konflikt zwischen den Interessen des Arbeitereigentümers als Vermögensbesitzers und denen als Arbeiter hinein. Das dürfte gerade zum Gegenteil der Stärkung der Gewerkschaften führen. Schließlich ist wirklich nicht einzusehen, warum die Arbeiter als Vermögensbesitzer unbedingt ihre Gewerkschaft, also ihre kollektive Kraft stärken und unterstützen sollen, wenn ihre „Unabhängigkeit“ weniger durch die Gewerkschaft als durch individuelles Vermögen vermittelt werden soll.

3. Das dritte Argument Ehrenbergs betrifft die Leugnung „kapitalistischer Dynamik“, die ich in meinem Aufsatz erwähnt hatte. „Wir

AUSSPRACHE

Wirklich nur Scheinargumente?

In seinem Artikel: „Zu einigen Scheinargumenten gegen die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ (Heft 8/1965) geht *Herbert Ehrenberg* vor allem und ausdrücklich auf meine „Scheinargumente“ (vgl. meinen Aufsatz in Heft 6/1965) ein, teils indem er versucht, sachlich meinen Argumenten seine Gegenargumente entgegenzustellen, teils indem er meine Argumente tatsächlich zu „Scheinargumenten“ denaturiert durch unvollständige, zusammenhanglose oder falsche Interpretation. Einige seiner Argumente seien zur Er widerung herausgegriffen.

1. Ehrenberg ist darin zuzustimmen, daß es für den *individuellen* Arbeitnehmer möglich ist, durch Sparrücklagen (also Vermögen) in seiner „Unabhängigkeit am Arbeitsplatz“ (so Ehrenberg; aber wieso eigentlich nur am Arbeitsplatz?!) gestärkt zu werden. Was ich aber bezweifelt habe — und darauf hätte Ehren-

sollten doch endlich zur Kenntnis nehmen", so schreibt Ehrenberg, „daß zumindest seit der Einführung des *New Deal* nirgendwo in den westlichen Industrienationen es noch einen nach dem Marx'schen Lehrbuch praktizierten Kapitalismus gibt."

Nun habe ich nicht behauptet, heute würde noch Kapitalismus wie zu *Marx'* Zeiten praktiziert. Aber ich bin wegen gewisser Wandlungen innerhalb der Wirtschaftssysteme der westlichen Welt durchaus nicht bereit, deswegen auf den Terminus Kapitalismus und die darin enthaltenen Implikationen zu verzichten, wie Ehrenberg, der statt dessen „soziale Marktwirtschaft" oder mit *Samuelson* „neoklassische Synthese" vorschlägt. Denn nur wenn wir unser Wirtschaftssystem als ein kapitalistisches begreifen, können wir bestimmte Tendenzen in den Griff bekommen, ob diese Tendenzen nun Gegenstand der Wachstumstheorie, des Systemvergleichs oder der Lohn- und Einkommenstheorie sind. Das kapitalistische System wird — grob definiert — dadurch gekennzeichnet, daß Privateigentum an den Produktionsmitteln als Kapital verwertet wird, wobei als Unternehmer die verschiedensten Rechtspersonen vom Einzelkaufmann bis zum Staat auftreten können. (Genauer über die Bedeutung des Kapitalismus ist z. B. bei *Paul M. Sweezy*: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln-Deutz 1959, nachzulesen).

Besonders bemerkenswert erscheint mir noch, daß Ehrenberg gerade den *New Deal* als Beispiel für die Wandlung des Kapitalismus anführt. Autoren wie *Paul Sering* (Jenseits des Kapitalismus, 1948) oder *Fritz Sternberg* (z. B. in: *Marx* und die Gegenwart, Köln-Deutz 1955) haben nachgewiesen, daß der *New Deal*, als antikapitalistische Planung konzipiert, an eben der „kapitalistischen Dynamik" gescheitert ist. (Arbeitslosigkeit als wichtigstes Indiz konnte in den USA erst im Verlauf der Kriegsplanung und nicht der Wohlfahrtsplanung des *New Deal* beseitigt werden!)

4. In seiner Polemik gegen Gemeineigentum unterschlägt Ehrenberg, daß ich von den „Strukturprinzipien Gemeineigentum, Planung, Mitbestimmung" geschrieben habe und nicht vom Gemeineigentum allein. Wäre das der Fall gewesen, hätte Ehrenbergs Kritik eine gewisse Berechtigung. Denn nur, wenn diese Prinzipien zusammen (also nicht allein Gemeineigentum!) verwirklicht sind, bestehen die Voraussetzungen für die Schaffung einer freien und in *allen* menschlichen Lebensbereichen demokratischen Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb wird dieses Dreierprinzip ja auch in den gewerkschaftlichen Grundsatzprogrammen von 1949 und 1963 gefordert.

5. Der letzte Absatz in Ehrenbergs Erwiderung könnte traurig stimmen, wenn man zur Resignation bereit wäre. Was Ehrenberg als Erfolg der Vermögenspolitik ausgibt und was

tatsächlich zu erwarten ist, nämlich „daß Arbeitnehmer als Inhaber individueller Vermögenstitel sich noch weniger für Kollektiveigentum begeistern werden, als sie es jetzt schon tun ..." (S. 481), hat einen recht makabren Beigeschmack, sieht man diesen „Erfolg" im Zusammenhang mit *Erhards* Regierungserklärung vom 10. November 1965. Während Erhard Mitbestimmungsforderungen über den Montanbereich hinaus kategorisch ablehnt, von den Arbeitnehmern eine Stunde Mehrarbeit je Woche fordert, den Abbau sozialer Leistungen andeutet und zur Verwirklichung dieser Ansinnen „Disziplin" von den Sozialpartnern fordert, spricht er sich andererseits für eine „weitere Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten unseres Volkes (aus), weil sie mehr als alles andere dazu geeignet ist, die Freiheit, Selbständigkeit und Verantwortlichkeit des einzelnen in der modernen Gesellschaft zu stützen". Was Erhard unter Freiheit, Selbständigkeit und Verantwortlichkeit versteht, ist aus seiner Politik und seinen Äußerungen über das Konzept der „formierten Gesellschaft" zu entnehmen. Erhard hat ganz richtig erkannt, daß Arbeitnehmer mit geringfügigem Vermögenszugewinn zumindest zeitweise an die bestehende Gesellschaftsordnung zu binden sind und daß durch die mit Individualvermögen verbundene Individualisierung seine Propaganda gegen die „Interessenverbände", gegen die „Funktionäre" mit ihren „Partikularinteressen" (und wenn es das von 25 Millionen Arbeitnehmern ist!) auf fruchtbaren Boden fallen muß.

Die eigentliche Gefahr besteht darin, daß bei unkritischer Übernahme der mit Vermögensbildung erklärterweise beabsichtigten Verbreitung einer Privateigentumsideologie, die sich das Mäntelchen von „Freiheit" und „Selbständigkeit" umhängt, auch das kritische Bewußtsein gegenüber den Auswüchsen der „Privateigentumsordnung" (Notstandsgesetzgebung, „Formierte Gesellschaft", Preis- und Mietwucher, Anwachsen wirtschaftlicher und damit politischer Privatmacht usw.) verringert wird. Das wäre meines Erachtens allein schon ein Grund, um Vermögenspolitik in der Form, wie sie Ehrenberg propagiert, abzulehnen.

Elmar Altwater, München

Armut in Amerika

Sollte ich in meinem Aufsatz „Der Traum vom amerikanischen Traum" (Heft 6/1965) eine „Reihe von mißverständlichen Auffassungen vertreten haben", so kann zumindest das, was Prof. *Walter Friedländer* „im Interesse des rechten Verständnisses unserer Leser" in Heft 9/1965 vorbringt, auch nicht in einem Punkte eine Korrektur meines Berichtes bzw. eine Widerlegung der von mir vertretenen Thesen sein.

Der Aufsatz befaßte sich mit dem „Phänomen der Unsichtbarkeit der amerikanischen Armut“. Es galt, die einen bestehenden Zustand negierende Bewußtseinsverfassung der amerikanischen Öffentlichkeit herauszuarbeiten, die ich als typisch für den Mittelstand bezeichnet habe: „Das Normenbewußtsein des Mittelstandes, der moralische Standard, wird lückenlos auf die Armutskulturen übertragen und spiegelt sich in deren Beurteilung durch den Mittelstand wider.“

Wenn Prof. Friedländer es als „ganz unzutreffend“ bezeichnet, daß im heutigen Amerika der Gedanke an das Alter in panischer Angst verdrängt werde, wie ich geschrieben habe, dann läßt sich diese Behauptung nicht damit widerlegen, daß „im Gegensatz zu früheren Zeiten jetzt von den Bundes- und Länderministerien, von den Gewerkschaften und Unternehmern und von vielen privaten Stellen eine systematische Vorbereitung auf die Zeit der Pensionierung vorgenommen“ werde. Ich habe davon überhaupt nicht gesprochen, absichtlich, denn es ging mir nicht um Institutionen, sondern um das Verhältnis von Alten und Jungen, von dem ich sagte, daß „die Alten Opfer der Jungen werden, in einer Gesellschaft, in der Altsein fast schon ein diskriminierender Faktor ist“. Hier handelt es sich also um eine Bewußtseinslage, der auch oder gerade durch Verwaltungsmaßnahmen nicht beizukommen ist.

Ähnlich verhält es sich mit meinem angeblichen Irrtum im Zusammenhang von Neurosen und Psychosen der Unterklasse. Ich habe keineswegs August B. Hollingshead und Frederick C. Redlich eine „Naturburschenideologie“ unterstellt, sondern von der Welt des Mittelstandes geschrieben: „Diese Welt ist normbestimmend; von ihr und über sie werden die Aussagen zur amerikanischen Gesellschaft gemacht ... sie ist Beispiel ... für die Blickverengung, die die Einschätzung der Situation im anderen Amerika nicht zuläßt, ja geradezu verhindert. Dahinter steckt jene Naturburschenideologie, die glauben machen will, daß die Armen zwar Hunger in den Därmen, dafür aber keine psychischen Beschwerden haben.“

Dazu Harrington in „Das andere Amerika“: „Bei den Armen zeigt sich eine fast dreimal so große Anzahl von Kranken in psychiatrischer Behandlung als in jeder anderen Klasse. . . Nicht nur die Zahl der Fälle, sondern auch die Intensität der seelischen Störungen ist also bei den Armen weit größer.“ Wieso soll ich mich geirrt haben, was habe ich denn anderes geschrieben?

Prof. Friedländer meint, daß es weit übertrieben sei, „zu behaupten“, daß M. Harringtons verdienstvolles Buch *The Other America* die Armut in diesem Lande „entdeckt“ habe. Zuerst hätten Prof. Galbraith „in seinem viel

beachteten Werk *The Affluent Society*“ und andere auf den unerträglichen Zustand hingewiesen. Wenn es Aufgabe der Soziologie ist, Theorie in praktischer Absicht zu sein, dann ist es wenig interessant, wer wann in welchen Veröffentlichungen auf einen Mißstand hingewiesen hat. Wichtig ist lediglich, wann das Geschriebene zur materiellen Gewalt wird, d. h. in diesem Falle Anstoß zu politischem Handeln. Ich habe zudem Galbraith ausdrücklich in meinem Aufsatz zitiert: „Diese Tatsache und ihre politische Tragweite stellen sowohl Galbraith in ‚Gesellschaft im Überfluß‘ als auch Harrington fest.“ Es war aber nicht Galbraiths Buch, sondern das von Harrington, das Kennedy und einen relativ großen Teil der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Zustände hinwies und das Kennedy dazu führte, auch über diesen Teil der amerikanischen Realität nachzudenken und nach einer Lösung zu suchen. In anderen Worten: Mit der simplen Entdeckung ist es nicht getan, entscheidend ist, wann die Entdeckung das öffentliche Bewußtsein zu beeinflussen vermag. (Das gleiche gilt für die Fürsorger der amtlichen und freien Wohlfahrtspflege, deren „politischer Einfluß nicht stark genug war . . ., um diesem Zustand abzuhelfen“, wie Prof. Friedländer selbst schreibt.)

Prof. Friedländer meint, es sei unzutreffend zu sagen, daß „in der Periode des *New Deal*... in den dreißiger Jahren die zahlreichen Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise den wirklich Armen nicht geholfen habe . . .“. Wo hätte ich das behauptet? Ich habe von den heutigen Maßnahmen gesagt, daß sie „ihre Wurzel in einer Zeit haben, deren ökonomische Situation anders gelagert war als heute . . . In den dreißiger Jahren — Ausgangspunkt der Wohlfahrtsgesetze — war Armut und deren Erfahrung allgemein.“ Die damals auf lange Sicht projektierten Maßnahmen jedoch kommen heute einer sozialen Schicht zugute, die eher dem Mittelstand zuzurechnen ist. Die heutigen Armen sind von den Auswirkungen dieser Maßnahmen kaum betroffen.

Zu meiner „Schilderung der amerikanischen Vorstädte“ ist lediglich zu sagen, daß ich geschrieben habe: „Daneben gibt es einen Typ amerikanischer Vorstädte . . .“ und daß ich nicht von den amerikanischen Vorstädten gesprochen habe.

Schließlich schreibt Friedländer: „Daß die politische Macht bestimmter Schichten in den USA außerordentlich groß ist, kann man Amendt ohne weiteres zugeben. Doch ist das keineswegs nur in den USA so, wie es die deutschen Gewerkschaften nur zu gut wissen.“ Sicher, sicher! Doch was soll's? Glaubt Prof. Friedländer, mit diesem Einwand meinem Aufsatz gerecht zu werden? Mein Aufsatz handelte vom „Traum vom amerikanischen Traum“. Deutschlands Traum, das ist eine andere Sache. *Günter Amendt, Frankfurt*

Zum kulturpolitischen Teil des Grundsatzprogramms

Rudolf Herbig's Beitrag „Zum kulturpolitischen Teil des Grundsatzprogramms“ in Nr. 10/1965 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ trifft im wesentlichen den Zustand der Denkungsweise der Arbeitnehmer und damit auch weiter Kreise innerhalb der Gewerkschaftsorganisation selbst. Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen.

Es heißt u. a. völlig zu Recht, daß politische und gesellschaftliche Zusammenhänge den Arbeitern fremd bleiben und ihre Bezogenheiten und Interessen auf persönliche, familiäre, betriebliche, lokale Vorgänge gerichtet sind, und daß auch von gewerkschaftlicher Seite dieser Mentalität Vorschub geleistet wird durch Überbetonung der genannten Bereiche. So wird „Mitbestimmung“ für die meisten Arbeitnehmer ein leerer Begriff bleiben, für den ein großer Einsatz nicht sehr lohnend erscheint, solange ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge unklar sind. Es ergeht ihnen dann wie einem Verkehrsteilnehmer, der nur einige wenige Verkehrsregeln kennt und sich daher im Verkehr unsicher bewegt. Schulungskurse zur Aufklärung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge brauchen durchaus nicht langweilig zu sein, wenn darauf geachtet wird, daß die Schulungsleiter nicht nur die Materie beherrschen, sondern auch pädagogische Fähigkeiten besitzen, d. h. die Wechselwirkung zwischen betrieblicher Praxis und Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen vermögen. Die von Prof. *Touraine* auf dem Automationskongreß der IG Metall vertretene Auffassung, daß die Gewerkschaften sich heute nicht mehr auf ein Handeln auf der Wirtschaftsebene beschränken können, sondern die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse beeinflussen müssen, da sie sonst zu einem Instrument ohne Einfluß auf die grundsätzlichen Lebensbedingungen der Arbeiter werden, wird durch Herbig's Ausführungen nur bestätigt.

Weiter stellt Herbig fest, daß es sich bereits sehr nachteilig bemerkbar gemacht hat, daß die Gewerkschaften in der Meinungsbildung auf das Wohlwollen von Tageszeitungen und Wochenblättern angewiesen sind, die politisch von der Mitte bis weit nach rechts rangieren. Als Konsequenz ergibt sich daraus m. E. die Notwendigkeit einer Tageszeitung, welche die Ereignisse jeweils sofort aus gewerkschaftlicher Sicht kommentieren kann. Denken wir nur einmal an die Wogen, auf denen die Befürworter der Todesstrafe jeweils in gewissen Massenblättern nach Taximorden oder Sittlichkeitsverbrechen schwimmen! Unsere Zeit ist so schnellebig, daß eine gewerkschaftliche Wochenzeitschrift nicht immer aktuell genug sein kann. Es vergeht z.B. kaum ein Tag, an dem nicht in den Zeitungen zu lesen ist, daß die

Preiserhöhungen durch die „dauernden Lohnforderungen der Gewerkschaften“ hervorgerufen werden. Dieser psychologischen Beeinflussung müßte ebenso unermüdlich täglich entgegengewirkt werden, um durch ständig neue, überzeugende Argumente die Position der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Öffentlichkeit zu stärken. Das breite Feld der Meinungsbildung durch Tageszeitungen darf Pressekonzernen und anderen unternehmerfreundlichen Kreisen nicht allein überlassen werden, sondern es muß Aufgabe der Gewerkschaften sein, diesen für die Interessen der Arbeitnehmerschaft schädlichen Einfluß zurückzudrängen.

Otto Henke, Moers